

Johannes Käufer 53340 Meckenheim

Für Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V., Freiheitliche Denkfabrik

Landtag NRW Drucksache 18/4570

Anhörung am 21.11.2023

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP vom 06.06.2023

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/1023

A14

In diesem Bericht werden die Chancen sowie Herausforderungen von Informationstechnologie (IT) und Künstliche Intelligenz (KI) für den Einsatz in der Justizverwaltung bewertet und strategische Ansätze für eine erfolgreiche Umsetzung vorgestellt. Die zunehmende Belastung des Justizsystems in Deutschland, allen voran der Gerichte, macht es unbedingt notwendig, nach IT- und KI-Lösungen zu suchen.

Der Einsatz von IT ist seit geraumer Zeit in allen Bereichen unserer Gesellschaft vorgedrungen. Das Aufkommen der IT in der 2000er Jahren wurde zunächst kritisch beäugt. Doch mit der fortschreitenden Entwicklung wurden die Anwendungsfelder immer größer und die IT zum festen Bestandteil. Ein Ende oder Stagnation dieses Fortschrittes ist aktuell nicht zu erkennen. Daraus folgt, dass die Nutzung von IT ein fortlaufender Prozess ist und ständig neu untersucht werden muss. Vieles deutet darauf hin, dass die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) ähnlich verlaufen wird, wie die der IT in den 2000er Jahren. Jedoch sind die Möglichkeiten und Chancen, die durch den Einsatz von KI entstehen weitaus disruptiver als bei der IT.

IT und KI überschneiden sich im Teil und haben gewisse Ähnlichkeiten. Die Unterschiede in der Anwendung sowie der Stand der Entwicklung von IT und KI ist jedoch so erheblich, dass es von Vorteil ist, IT und KI getrennt zu bearbeiten. Daher wird im Folgenden zunächst der Einsatz von IT behandelt. Im Anschluss daran, sollen die Möglichkeiten der KI beleuchtet werden.

Die Informationstechnologie spielt eine entscheidende Rolle bei der effizienteren Gestaltung der Arbeitsweise in den Justizsystemen. Fortschritte in der IT bieten ein erhebliches Potenzial zur Rationalisierung von Abläufen, zur Verbesserung des Zugangs zu rechtlichen Informationen und zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Beteiligten. So können beispielsweise gewisse Verwaltungsakte und Vorgänge automatisiert ablaufen. Diese automatisierte Bearbeitung ist schneller und kostengünstiger als eine Bearbeitung durch einen Sachbearbeiter. Des Weiteren kann die IT die Qualität der Rechtsprechung erheblich verbessern. So können sich beispielsweise Richter mit Hilfe von digitalen Datenbanken und Onlinesystemen leichter einen Zugang zu juristischen Ressourcen verschaffen.

Rationalisierte Kommunikation ist ein weiterer Vorteil von IT. Die IT fördert eine bessere Kommunikation zwischen Juristen, Strafverfolgungsbehörden und anderen Beteiligten, was zu schnelleren und fundierteren Entscheidungen führen kann. Nicht zuletzt kann der Einsatz von IT dazu führen, dass die Transparenz in einem juristischen Verfahren erhöht wird. Beispielsweise kann eine IT-Infrastruktur dafür sorgen, dass rechtliche Informationen rund um die Uhr für jedermann zugänglich sind.

Nicht zuletzt kann die Kommunikation zwischen dem Bürger und der Justiz vereinfacht werden. Ein Beispiel hierfür ist die juristische E-Akte. Eine zentrale Akte, die alle notwendigen und wesentlichen Informationen enthält und die ein Anwalt, Richter oder Sachbearbeiter jederzeit Einsehen kann. Die

datenschutzrechtliche Problematik einer zentralen E-Akte könnte behoben werden, indem die Zugriffsrechte auf bestimmte Personengruppen beschränkt wird. Beispielsweise kann der Mandant für seinen Anwalt Leserechte beantragen, der Richter hingegen nicht. Dies führt zu einer direkteren Kommunikation und spart Zeit sowie Kosten ein.

Der Einsatz von IT in der Justiz bringt auch Herausforderungen und Nachteile mit sich. Hier wäre zunächst zu nennen, dass der Aufbau einer geeigneten IT-Infrastruktur eine erhebliche finanzielle Investition erfordert. Auch das Anlernen von Angestellten, die auf die bestehende IT-Infrastruktur zugreifen ist tendenziell aufwendiger und somit teurer. Des Weiteren führt eine zunehmende IT-Abhängigkeit zu einem erhöhten Risiko von Cyber-Angriffen und Datenschutzverletzungen. Hier müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um sich vor Attacken aus dem Internet zu schützen. Auch hier schreitet der technologische Fortschritt stets voran, was dazu führt, dass in den Schutz von kritischer IT-Infrastruktur regelmäßig investiert werden muss. Des Weiteren kann es Probleme bei der Nutzung von IT-Infrastruktur geben. Die Bürger, die eine Leistung der Justiz in Anspruch nehmen sind im Umgang mit IT unterschiedlich begabt. Diese Ungleichheit kann bei einer zu komplexen IT-Infrastruktur dazu führen, dass bestimmte Personen oder Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden. Nicht zuletzt ist anzuführen, dass zu starke Nutzung von IT zu einer ungewollten Abhängigkeit führen kann. So kann es immer zu Störungen kommen die, sofern keine Redundanten Systeme vorhanden, zu Ausfällen in der Justiz führen können.

Wie herausgestellt bietet die Nutzung von IT zahlreiche Vorteile, darunter verbesserte Effizienz, Zugänglichkeit und Sicherheit. Diese Vorteile sind jedoch mit erheblichen Herausforderungen verbunden, die eine sorgfältige Planung, robuste Sicherheitsmaßnahmen und Bemühungen zur Beseitigung potenzieller Ungleichheiten erfordern. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert einen strategischen, vielschichtigen Ansatz, der sowohl den technologischen Fortschritt als auch die menschliche Anpassungsfähigkeit innerhalb des Justizsystems in den Vordergrund stellt.

In den folgenden Abschnitten werden die Chancen und Herausforderung die KI dem Justizsystem bieten herausgestellt. Die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz steht noch ganz am Anfang. Deutschland ist gut beraten diese erst einmal zu beobachten. Die Vielzahl an Möglichkeiten zur Nutzung von KI macht es erforderlich, dass eine Behörde auf Bundesebene oder europäischer Ebene die Grenzen für die Implementierung von KI bestimmt. Vom 1. bis 2. November fand in Großbritannien eine AI Safety Summit statt¹. Ein Ergebnis dieses Summits ist unter anderem, dass auf europäischer Ebene eine Behörde geschaffen werden soll, die den Rahmen für den Einsatz von KI regulieren soll. Würde man bereits jetzt innerhalb eines Bundeslandes z.B. NRW anfangen, Ideen für den Einsatz von KI zu implementieren, läuft man Gefahr, dass jene Ideen nicht der Maßgaben der Regulierungsbehörde entsprechen und deswegen verworfen werden müssten. Eine unnötige Ressourcenbindung sowie Enttäuschung bei dem Urheber der Idee wären unter anderem die Folgen. Daher sind die Bundesländer gut beraten, die Entwicklung von KI abzuwarten. Zumindest so lange, bis die Regulierungsbehörde Grundsatzentscheidungen zum Einsatz von KI getroffen hat.

Wie bereits bei den Ausführungen zur IT weiter oben, wird mit den Vorteilen von KI begonnen. Zunächst ist die Nutzung der KI im Rahmen Prädikative Analytik anzusprechen. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei der KI mit Hilfe von Algorithmen historische Daten analysiert, um den Ausgang von Fällen vorherzusagen. Diese Prognoseempfehlungen helfen bei der Risikobewertung vor dem Gerichtsverfahren. Zum Beispiel kann ein Bürger, der erwägt juristische Schritte einzuleiten, zunächst

¹ <https://www.gov.uk/government/topical-events/ai-safety-summit-2023>

die KI befragen, wie sein Fall wahrscheinlich vor Gericht ausgehen wird. Vorbild könnte hier eine ChatBot ähnliche KI wie die Anwendung ChatGPT oder Grok² sein.

Ein weiter Vorteil bei der Nutzung von KI ist die Effizienzsteigerung. So kann die Arbeit eines Richters mit Hilfe von KI produktiver werden. Die KI wird dabei so eingesetzt, dass die juristische Recherche beschleunigt wird. Zum Beispiel kann die KI große Mengen an juristischen Dokumenten und Präzedenzfällen analysieren und Anwälte und Richtern Erkenntnisse und relevante Informationen liefern. Wichtig ist, dass die ursprünglichen Rohdaten in ihrer Form erhalten bleiben und verändert werden können. Die Arbeit der Richter und Anwälte kann so erheblich beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Die juristische Urteilsfindung muss dabei jedoch ganz in Verantwortung des Richters bleiben.

Neben den enormen Möglichkeiten, die eine KI mit sich bringt, sind die Herausforderungen und Gefahren nicht unbeachtet zu lassen. Ein wesentlicher Kritikpunkt bei der Implementierung von KI ist, die Frage der Voreingenommenheit und Fairness. Die KI muss von einer Person programmiert und verwaltet werden. Es ist wichtig zu kontrollieren, dass Meinungen, Ansichten oder Ideologien der Programmierer keinen Einfluss auf den Algorithmus der KI haben. Wenn sich die KI bei der Entscheidungsfindung auf historische Daten abstützen, so werden auch mögliche Verzerrungen übernommen, was zu voreingenommenen Entscheidungen führen kann. Ziel soll es daher sein eine neutrale KI zu entwickeln.

Des Weiteren kann es ethische Bedenken dabei geben, den Entscheidungsprozess der Justiz auf eine KI zu übertragen. Hier sind vor allem die Verantwortung und die Rechenschaftspflicht und die Rolle des menschlichen Urteils zu nennen. Könnte und sollte eine KI die Aufgabe eines Richters übernehmen und Recht sprechen? Welche Rechtsgrundlagen wären hierfür zu schaffen bzw. anzupassen?

Dass es eine Regulierung bzw. ein System geben muss, welches die aufgezeigten Gefahren der Künstlichen Intelligenz einschränkt, steht für die Mehrheit nicht mehr zur Debatte. Es können sich viele Maßnahmen für eine Regulierung als zweckmäßig erweisen. Als erstes sollte die KI und der Algorithmus auf Basis eines Open Source Modells programmiert werden. Dies hat den Vorteil, dass der Zugang zu den Codes offen ist und eingesehen werden kann sowie bei Bedarf auswerten kann. Durch den Umstand, dass jeder den Code der KI kontrollieren kann, wird sichergestellt, dass eine absichtliche Verzerrung bei der Programmierung sofort auffällt. Darüber hinaus sollte es eine Regulierungsbehörde geben, welche den Einsatz von KI regelt. Ähnlich der EMA bei dem Einsatz von neuen Medikamenten oder das Luftfahrt-Bundesamt, bei der Flugsicherheit.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine erfolgreiche Nutzung von IT und KI nur dann gelingt, wenn eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt werden. Um eine erfolgreiche Integration von IT und KI in das Justizsystem zu gewährleisten, ist eine Zusammenarbeit von politischen Entscheidungsträgern, IT-Experten, Justizverwaltung und Interessenvertretern unerlässlich. Die Durchführung von Pilotprogrammen, die kontinuierliche Bewertung und die Anpassungsfähigkeit an den technologischen Fortschritt werden von grundlegender Bedeutung sein, um die Vorteile zu nutzen und gleichzeitig die mit dieser Umstellung verbundenen Herausforderungen zu minimieren.

Schließen möchte ich mit ein paar Gedanken zum Ideenwettbewerb. Wie bereits weiter oben erläutert macht ein Ideenwettbewerb zum Thema KI zurzeit keinen Sinn. Das Lagebild zur Anwendung von KI muss sich erst verdeutlichen. Ein Ideenwettbewerb zum Thema IT in der Justizverwaltung ist aber durchaus angebracht. Hierbei ist vor allem darauf zu achten, dass jede Gruppe, die in irgendeiner Form Kontakt mit der Justizverwaltung hat, in den Prozess mit einbezogen

² <https://openai.com/chatgpt>

werden. Jede Gruppe hat ihren eigenen Blick auf die Verwaltung. So hat ein Bürger, der die Leistungen der Justizverwaltung in Anspruch nimmt, andere Ideen und Eindrücke als beispielsweise ein Verwaltungsbeamter oder Richter. Des Weiteren empfiehlt es sich, denn Beteiligungsprozess am Ideenwettbewerb so transparent wie möglich zu gestalten. Ein regelmäßiges Update zum aktuellen Stand der Idee im Wettbewerbsprozess kann für den Urheber der Idee unglaublich motivierend wirken und schafft zu dem das Nötige Vertrauen. Zuletzt ist die Frage zu stellen, ob der Ideenwettbewerb wirklich auf einem Stichtag enden sollte. Es wäre zweckmäßig, wenn der Ideenwettbewerb in einem laufenden Prozess umgewandelt wird. Eine Person, die einen Verbesserungsvorschlag hat, kann diesen jederzeit anmelden und muss nicht auf einen jährlichen Wettbewerb warten.



Bonn 6.11.2023

Johannes Käufer

M. SC. Wirtschaftswissenschaften